

Dringliche Motion Fraktion FDP (Christoph Zimmerli): Rettet 340 BLS-Arbeitsplätze in der Stadt Bern

Die BLS AG ist auf der Suche nach einem geeigneten Standort für eine neue Werkstätte im Raum Bern. Am 19. März 2015 hat sie ihre Absicht öffentlich gemacht, einen Neubau in Riedbach (Moosacher) zu errichten. Das Vorgehen der BLS AG bei der Standortwahl ist in der Öffentlichkeit und bei den direktbetroffenen Haus- und Landeigentümern auf Skepsis gestossen. Für die Stadt Bern als zentraler Standort von Transportunternehmen des öffentlichen Verkehrs muss es von grosser Bedeutung sein, den Neubau auf Stadtgebiet zu realisieren und die 340 qualifizierten Arbeitsstellen langfristig zu erhalten.

Am 19. März 2015 hat die BLS AG öffentlich bekannt gegeben, dass sie bei der Suche nach einem geeigneten Standort für die neue Werkstätte im Raum Bern auf dem Terrain nahe des Bahnhofs Riedbach fündig geworden sei, und die entsprechende Planungsarbeit an die Hand nehmen werde.

Diese Ankündigung führte zu Misstrauen und Ablehnung in Bern West und zu Kritik in den Medien. Die Bauern kritisieren den Verlust von 20 Hektaren Landwirtschaftsland, die Landschaftsschützer den schweren Eingriff ins Landschaftsbild, die Denkmalschützer den Verlust eines historischen Weilers, die Anwohner den Verlust ihres Zuhauses und die Bewohnerinnen und Bewohner von Berns Westen kritisieren die Stadtregierung. Nichts Neues in Bern, geht es doch mit praktisch jedem Investitionsprojekt der letzten Jahrzehnte gleich. Die Unternehmen werden von der Stadt so lange an der Umsetzung ihrer Projekte gehindert, bis sie sich andere Standorte in einem wirtschaftsfreundlicheren Umfeld suchen.

Die Geschäftsleistung der BLS AG hat signalisiert, dass sie für Diskussionen und Vorschläge zu alternativen Standorten offen ist. Gemeinderat Alexandre Schmidt hat in den letzten Tagen bereits einen alternativen Standort gegenüber dem Coop-Verteilzentrum evaluiert. Dieses Terrain war offenbar in der bisherigen Planung nicht weiter berücksichtigt worden, weil die BLS AG vom Stadtplanungsamt auf ihre Anfrage hin eine abschlägige Antwort erhalten habe.

- Wir fordern den Gemeinderat auf, in konstruktiver Zusammenarbeit mit der BLS AG ohne Verzug einen geeigneten Standort für den Neubau der BLS-Werkstätte auf dem Gebiet der Stadt Bern, allenfalls in unmittelbarer Nähe zur Stadt zu evaluieren.

Begründung der Dringlichkeit

Die BLS AG muss die von der SBB gemietete Werkstätte Bern-Aebimatt voraussichtlich im 2019 abgeben. Sie ist deshalb zeitlich unter Druck, um einen Standort für eine neue BLS-Werkstätte in Bern zu evaluieren und einen Neubau zu realisieren. Damit der Zeitplan eingehalten werden kann, hat die Evaluation des Standortes in den nächsten Monaten abgeschlossen und die Projektierung an die Hand genommen zu werden. Ein Zuwarten der Stadt Bern bei der Unterstützung zur Suche eines alternativen Standortes während mehrerer Monate könnte die BLS AG zwingen, sich aufgrund des Zeitdrucks für einen anderen Standort ausserhalb der Stadt Bern zu entscheiden. Damit riskierte die Stadt Bern ohne Not, langfristig 340 qualifizierte Arbeitsstellen im Bereich des öffentlichen Verkehrs zu verlieren.

Bern, 26. März 2015

Erstunterzeichnende: Christoph Zimmerli

Mitunterzeichnende: Jacqueline Gafner Wasem, Dannie Jost, Mario Imhof, Peter Erni

Antwort des Gemeinderats

Die Motion betrifft inhaltlich einen Bereich, der in der Zuständigkeit des Gemeinderats liegt. Der Motion kommt deshalb der Charakter einer Richtlinie zu. Sollte die Motion erheblich erklärt werden, ist sie für den Gemeinderat nicht bindend.

Der Gemeinderat hatte bisher keine Gelegenheit mit der BLS über einen Standort für eine neue BLS-Werkstätte zu diskutieren, da er durch die Verantwortlichen der BLS AG offiziell nicht orientiert und konsultiert wurde. Für ein solches Vorhaben ist der Einbezug der Gemeindebehörden üblich, auch wenn das Vorhaben durch ein eidgenössisches eisenbahnrechtliches Verfahren umgesetzt wird. Die Ablehnung und Kritik in den Medien ist nachvollziehbar. Der Gemeinderat weist die erhobenen Vorwürfe von sich, insbesondere, dass Unternehmen an der Umsetzung ihrer Projekte gehindert werden. In den letzten Jahren haben die Arbeitsplätze pro Jahr um rund 4 % zugenommen. Im Vergleich mit grösseren Städten ist das Verhältnis Einwohnerinnen und Einwohner zugunsten der Arbeitsplätze 1:1.3 ausserordentlich hoch. Die BLS AG könnte seit 2010 an der S-Bahnhaltestelle Bümpliz-Nord wertschöpfungsintensive Arbeitsplätze auf 20 000 m² Bruttogeschossfläche (ca. 800 Arbeitsplätze) realisieren. Die Stadt Bern hat dazu 2010 eine Planung zur Abstimmung gebracht.

Eine sachgerechte Beurteilung des Standorts für den Neubau der BLS-Werkstätte kann erst vorgenommen werden, wenn die BLS AG ihre Abklärungen offengelegt hat. Dabei sind aber nicht nur die Interessen des öffentlichen Verkehrs, sondern auch diejenigen des Landschaftsschutzes, dem Erhalt der Fruchtfolgefleichen, des Denkmalschutzes, der Stadtentwicklung, dem Verlust von Dienstleistungen der Agrarwirtschaft, dem Verlust von Heimat, der Zusatzbelastungen auf den Zufahrtsstrecken (z.B. Lärm- und Erschütterungseinwirkungen auf die angrenzenden Wohnungen und Arbeitsplätze), der Erschliessung etc. abzuwägen. Es ist durchaus möglich, dass die Interessen der BLS AG mit den Interessen der Stadt Bern und der ansässigen Bevölkerung auseinandergehen. Mit der neuen Werkstätte sind 340 Arbeitsplätze verbunden. Auf der Aebimatte arbeiten derzeit rund 100 Mitarbeitende der BLS. Für die Region Bern geht es somit um neue Arbeitsplätze im Bereich Handwerk, aber auch einfachere Arbeiten. In Zeiten der Computerisierung und Automatisierung werden viele Arbeitsplätze in diesen Segmenten aufgehoben. Hier würde willkommener Ersatz geschaffen. Darin liegt eine Chance.

Der Stadtpräsident und Planungsdirektor hat die BLS AG zu einem Gespräch eingeladen, das am 30. März 2015 stattgefunden hat. An diesem Gespräch nahm auch Finanzdirektor Alexandre Schmidt teil, der den Fonds für Boden- und Wohnbaupolitik präsidiert.

Da die Stadt Bern und somit der Gemeinderat nicht federführend zuständig ist, für die BLS AG einen geeigneten Standort für den Neubau der BLS-Werkstätte auf dem Gebiet der Stadt Bern zu evaluieren, beantragt er die dringliche Motion abzulehnen. Er wird, wie das auch jahrelang praktiziert wurde, mit der BLS weiterhin im konstruktiven Gespräch bleiben und die Interessen der Stadt Bern vertreten.

Antrag

Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, die Dringliche Motion abzulehnen; er ist jedoch bereit, den Vorstoss als Postulat entgegenzunehmen.

Bern, 20. Mai 2015

Der Gemeinderat